
20.7.85

gegen die Anhebung der 4. TEG ^{für} und
gegen die Betriebsgenehmigung des AKW Borsdorf

- Bedarf für das AKW ist nicht vorhanden.
Die Geschäftsberichte von HEW und NWK weisen aus, daß 1984 über 66% der Stromerzeugung über AKW erfolgte. Das unterstützt den Grundlastbedarf so weiter. Das AKW Stade wird schon jetzt (s. Atom und Strom 3/85) in Mittellast bereit gehalten. Der Strom aus dem AKW Krimmel wurde im Verbund unter Gestehungskosten verschleiert.
Wird Brookdorf in die Mittellast eingereiht, bedeutet dies eine zusätzlichen Unfallgefahr durch die stationäre ^{abwärts} Teilweise. Die HEW wird ihren 20% Anteil wüßig los.
Insbesondere ist ^{abwärts} einem Sofortvollzug zu widersprechen.
- Die Antragsunterlagen sind unvollständig, da nur der Sicherheitsbericht ausgelegt wurde. Es fehlen die Stellungnahmen der zuständigen Behörden und die TÜV-Gutachten. Ohne diese sind die z. Z. sehr kurzen Erläuterungen nicht nachvollziehbar.
- Die Auslegungstermine sind unzulässig gewählt, da es Arbeitsnehmer nicht mehr möglich ist, im Erfüllung ihrer Pflicht zur Ausarbeitung selber Tage Urlaub zu nehmen, um die 3 Bände des Sicherheitsberichts durchzulesen. Ich beantrage daher:
 - die Auslegungstermine in die Abendstunden hinein zu verlagern
 - das Überlassen einer Kopie der vollständigen Antragsunterlagen für 4 Wochen
- Die einzusetzenden Brennstoffe werden nicht ausreichend spezifiziert. Der Gehalt an Transuranen und Spaltprodukten der MOX-BE

ist aber auch gar nicht im vornherein exakt angestrichen, da es abhängt von der Wiederanfertigung, dem Abbrand, überhaupt vom Vorleben der BE in anderen AKWs, die in Brokdorf zum Einsatz kommen.

5. Die anfallenden Abfallstoffe (Transurane und Spaltprodukte) werden nicht genannt. Dies ist auch gar nicht möglich (s.4.) Daher ist die Genehmigung zu verweigern; denn AtG, StrSchV, BImSchG und Störfallverordnung machen einen genauen Massenfluß in der Anlage erforderlich.
6. Der Verbleib der abgebrannten BE wird über die Lagerung im Kompaktlager hinaus nicht nachgewiesen. Der Entsorgungsweg ist somit nicht abdeckt. Die Schwingen, bis 45 MWd/Kg S abgebrannte BE wieder aufzunehmen, dürfte dem Antragsteller nicht vorzuziehen sein.
7. Das Aktivitätsinventar im Kompaktlager wird nur für die auf 4% angereicherten BE angegeben, nicht jedoch für die MOX-BE. Diese 7-fache Gehalt an Aktiniden und ca 30% höhere Gehalt an Spaltprodukten hätte dies erfordert.
8. Die sichere Handhabung von Absorbierblechen im Kompaktlager ist nicht nachgewiesen.
9. Die radioaktiven Folgen eines BE-Behälterabsturzes aus 22 m Höhe (Halsportalbau) werden nicht berechnet. Die Bruchfestigkeit des BE-Transportbehälters wurde nur für Fallhöhen von maximal 9 m nachgewiesen.
10. Brokdorf hat keinen entsprechenden Lüftungsabschluß des Hilfsanlagegebäudes, wie nach der Störfallverordnung erforderlich. Die die geplante G.TEG ist noch nicht reif, da sie weiterhin behauptet wird.
Die Standsicherheit des Fortluftkamin wird nicht nachgewiesen.
11. Der Abscheidegrad der Störfallfilter für alle möglichen

Betriebszustände (heiß, feucht) auf Werte, wie in der Störfall V vorausgesetzt, wurde nicht nachgewiesen, insbesondere nicht für MOX spezifische Nuklidgemische.

- 11a. Die Störfallabhängigkeit der Störfallinstrumentierung zur Erfassung der Abgaben ist nicht für alle möglichen Betriebszustände gegeben, insbesondere bei hoher Luftfeuchtigkeit und Temperaturen über 65°C .
12. Das Nebenkühlwasserpumpenbauwerk ist nicht gegen Druckwellen ausgelegt.
13. Das für die radiologische Belastung der Umgebung als besonders relevant anzusehende Abbau von Bodeninversionen wurde bei der Ausbreitungsrechnung nicht berücksichtigt. Die angesehene Ausbreitungsfaktoren basieren auf dem Gauß-Modell, das solche Situationen nicht beschreiben kann.
14. Die Fehlerursache "menschliches Versagen" wurde nicht analysiert. Dies ist insbesondere problematisch, weil als Bedienungspersonal Menschen vorgezogen sind, die möglicherweise nicht zweckungsfähig sind (s. Vorkreisfall des Polarisierbaren Beidenfalls zu einem doppelten Verkehrsunfall in Brokdorf.)
15. Sabotage wird nicht in Erwägung gezogen.
16. Wegen der hohen relativen Feuchte, großen Windgeschwindigkeiten und großen Niederschlagshöhen sowie praktisch Tau in jeder Nacht sind die Ablagerungsgeschwindigkeiten für Jod und Aerosole (Aufquellen) zu klein gewählt (Faktor 2-4).
17. Die Strahlenbelastung wurde für ein mittleres meteorologisches Jahr berechnet, nicht für ungünstige Jahre, dies und der vorgenannte Punkt führen zu einer Erhöhung der Strahlenbelastung um den Faktor $\sim 20-40$.

18. Die ausreichende Dimensionierung des kühleren Zwischenkühlsystems für die verdoppelte Nukleofallwärmeleistung ist nicht nachgewiesen, wenn es einem Strang repariert wird.
19. Die Abhilfen zur Beseitigung des zeitlichen Verlaufs der Nukleofallwärme beginnen erst ab 230 Stunden nach Abkühlen, d.h. das wesentlich problematischere Anfangsstadium wurde nicht dargestellt.
20. Im Hilfsanlagengebäude werden die festen Abfälle gelagert. Da sie gegenüber der früheren Planung ^{einen} höheren Anteil enthalten können, ist das Hilfsanlagengebäude gegen Flugstaub- und Druckwellen auszurüsten.
21. Die ersten vier TEG sind unter der falschen Voraussetzung entstanden worden, UO_2 -BE einsetzen zu wollen. Da das AKW Brookhaven nun in einem Plutoniumzwischenlager m. 2 Störungs- (6 to Pu/Kern $\frac{1}{2}$ + Kompatibler à 18 to Pu) werden soll, es sich also um eine völlig geänderte Anlage handelt, ist eine erneute Auslegung zur Beteiligung der Bevölkerung erforderlich.
22. Die Basisidee der bereits existenten Anlage hinsichtlich auf die MOX-BE muss überprüft werden.
23. Das H_2 -Durchmischungssystem ist nur einfach ausgelegt. Bei Ausfall ist eine H_2 -Konzentration $> 4\%$ möglich mit Explosionsgefahr wie in Harrisburg und in einem AKW in Ohio.
Forderung: N_2 -Atmosphäre, wie es schwedischer Standard ist.
24. Das Kompatibler wurde nicht für hochangereicherte und MOX-BE genehmigt. Eine erneute Auslegung ist erforderlich.
25. Der Einsatz abbrennbarer Absorber ist zu untersuchen.
26. Der Einsatz von Tritium zur Dichtigkeitsprüfung der Turbinen ist zu untersuchen, da es nicht dem Strahlenschutz entspricht.

27. Die Emissionen der Hilfskernanlage entsprechen nicht der Gropfkernanlageverordnung.
28. Das Kamin der Hilfskernanlage ist zu niedrig bemessen, um den I2-Wert einzuklinken. Das TÜV-Gutachten berücksichtigt nicht die Konzentration an Kraftwerksgasen.
29. Die beantragten Jod-Emissionen entsprechen nicht dem Strahlenminimierungsgebot. Für KKS werden lediglich 25 mCi J₁₃₁ genehmigt, bei gleicher Leistung verglichen mit KBR.
30. Dem Emissionsantrag liegen i.d.R. vom TÜV anerkannte sog. "betrieblich erforderliche" Emissionen zugrunde. Diese sind willkürlich und viel zu hoch angenommen, wie die von den AKWs in der BRD 1984 getätigten Emissionen zeigen (3. 1985 aus Atom + Strom). Die beantragten Emissionswerte stellen somit keine Begrenzung der Abgaben dar sondern einen Freibrief.
31. Die Ausbreitungsfaktoren sind für alle Emissionshöhen zu klein. Stand der Technik ist mindestens die in der TA-L83 vorgesehene Methode, die zu ca. 2-fachen längeren Ausbreitungsfaktoren führen.
32. Der Kurzzeitausbreitungsfaktor darf nicht mit den Parametern der Bezugsgrundlage bestimmt werden, da diese für un. Hl. Situationen gelten.
33. Das Ablassventil ist nicht ausreichend gegen Hängenbleiben in der Offen-Stellung gesichert (s. Handb.)
34. Die Rückschlagarmaturen werden nicht beschrieben.
35. Die Lärmschutzmessungen am KKK sind auf KBR nicht übertragbar. Ein Lärmschutzgutachten fehlt.
36. Die Seilsicherung gegen Auskollungen ist nicht nachgewiesen.
37. Die Funktion der Dampftafeln (Klemmen bei Wasserdurch und Wellenschlag) ist als Decksicherung ist nicht gewährleistet.

38. Dem angegebenen Aktivitätsflusseschema liegt nur ein Modellrechner zugrunde. Es ist nicht ersichtlich, ob sie überhaupt für MOX-BE trifft.
39. Bei 1F und 2F-Brüden fällt der Kern länger zu trocken. Dies kann nicht hingenommen werden in Hinblick auf die möglicherweise ausströmende Supergas. Das Konzept muß daher geändert werden.
40. Die wasserge-Überwachung an den Dampferzeuger-Heizrohren ist lückenhaft.
41. Eine Strömungsunterbrechung beim Bruch der Kühlmittelleitung macht eine Konzeptänderung erforderlich.
42. Das Hüllrohrverhalten und die Fortbau/Warm-Reaktion wurde lediglich aus Ein-Stab-Versuchen der KWU abgeleitet. Die verwendete Differentialgleichung gilt nur, wenn die Grenzbedingung korrekt festgelegt wurde. Diese wurde jedoch nicht aus Versuchen mit mehreren Hüllrohren abgeleitet sondern einfach definiert! Wie kann durch solche Fehlschlüsse "mit hinreichender Sicherheit" von Ein-Stab auf Mehr-Stab-Bündel geschlossen werden?